

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 61 (1967)

Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : gefährliches Spiel! ; Amerikanischer Rückzug aus Europa? ; Die DDR festigt sich ; Fortwursteln in England ; Modernisiertes Spanien? ; Gegenrevolution in Griechenland

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141281>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gefährliches Spiel! Es ist kein Zweifel: Amerikas *Vietnamkrieg* steht im Begriff, eine neue, gefährliche Verschärfung zu erfahren. Schon längst drängen ja die Militärführer und die politischen Scharfmacher die Regierung Johnsons, alle Hemmungen im Kampf gegen die «kommunistische Aggression» fallenzulassen und besonders auch die nordvietnamesische Hauptstadt Hanoi selbst wie die Hafenstadt Haiphong rücksichtslos angreifen zu lassen. Hier, so machen sie geltend, lägen die stärksten Widerstands- und Versorgungsmittelpunkte des Feindes – militärisch und wirtschaftlich wie politisch und moralisch. Bevor sie nicht zerstört seien, gehe die Einsickerung nordvietnamesischer Streitkräfte in Südvietnam und der Nachschub des entsprechenden Kriegsmaterials fast unbehindert weiter; ein siegreiches Ende des Krieges sei ohne die ganz radikale Unterbindung der Zufuhren aus dem Norden überhaupt nicht abzusehen.

Und wie gewohnt, hat Präsident Johnson dem auf ihn so zielbewusst ausgeübten Druck zuletzt wieder manhaft nachgegeben. Er hat sogar den bisherigen Oberbefehlshaber in Vietnam, General Westmoreland, eigens nach Washington kommen lassen, um ihn als Hauptpropagandisten für eine verschärzte Kriegsführung und für die neuerliche Erhöhung der amerikanischen Truppenzahl in Vietnam einzusetzen. Im Blick auf die nun doch bald notwendig werdende Vorbereitung der nächstjährigen Präsidentschaftswahl wird es Johnson allmählich wirklich etwas schwül; wenn er nicht bis Jahresende den Endsieg in Vietnam in der Tasche hat, kann ihm, wie er fürchtet, ein längeres Zögern mit dem Volleinsatz von Amerikas Militärmacht vielleicht doch im Ernst gefährlich werden. Sogar die sonst so draufgängerischen Führer der Republikanischen Partei, die die Hoffnung nicht aufgegeben haben, im kommenden Jahr Johnson und seine «Demokraten» zu schlagen, beginnen dem Präsidenten Schwierigkeiten zu machen; in einem unlängst bekannt gewordenen Lagebericht, den das republikanische Hauptquartier als Material für den Wahlkampf verschickt hat, wird Johnson offen beschuldigt, die ihm erteilten Vollmachten für den Vietnamkrieg zu missbrauchen und mit seiner Eskalationspolitik Verwirrung zu stiften, «und zwar in einem Ausmass, wie es seit dem Bürgerkrieg nicht mehr dagewesen ist».

Dessenungeachtet hat sich Johnson, wie gesagt, entschlossen, die Escalation – die Steigerung der Kriegsanstrengungen – nun erst recht fortzusetzen. Ein Hauptgrund dagegen, so glauben die «Harten», könne jetzt als weggefalen betrachtet werden: die Gefahr, dass bei einer planmässigen Zerstörung der nordvietnamesischen Stützpunkte für die *sowjetischen Mig-Flugzeuge*, auf die es die amerikanischen Bombardierer besonders abgesehen haben, die Migs einfach von *chinesischen* Stützpunkten aufsteigen würden, so dass die Amerikaner gezwungen wären, sie entweder tatenlos

gewähren zu lassen oder China direkt anzugreifen. Wie nämlich als feststehend angenommen werden müsse, könnte und wolle China sich nicht gegen einen solchen Angriff wehren, solange es nicht «Waffen aller Typen» – also auch Atomwaffen – einsetzen könne, und das werde noch Jahre dauern, so dass sich Peking weigern werde, für den Vietnamkrieg Fliegerstützpunkte zur Verfügung zu stellen. Diese Überlegung mag bisher viel für sich gehabt haben. In den letzten Wochen war aber deutlich zu beobachten, wie sehr sich die Sowjetregierung Mühe gibt, mit Peking zu einer Übereinkunft über eine wirksamere Zusammenarbeit im Kampf gegen die Kriegspolitik der Vereinigten Staaten zu kommen. Auch an der kommunistischen Gipfelkonferenz in Karlsbad fiel es auf, wie sehr Breschnew, zurzeit der erste Mann in Moskau, die Chinesen schonte und wie eindringlich er sie zu verstärkter, zweckmässigerer Hilfe für Vietnam aufrief. Wird man sich in Washington über diese Warnungszeichen einfach hinwegsetzen? Sieht man dort nicht, welch gefährlichste Verwicklungen entstehen müssten, wenn demnächst wirklich sowjetische Migs von chinesischen Flugplätzen aufsteigen sollten?

Amerikanischer Rückzug aus Europa? Eine sowjetisch-chinesische Verständigung über

Vietnam wurde freilich eine eigentliche Wendung der bisherigen Weltpolitik Moskaus bedeuten. Sie würde besagen, dass für die Sowjetregierung die wirksame, nicht auf blosse rednerische Kundgebungen beschränkte Unterstützung des Kampfes der unterentwickelten Völker gegen den westmächtlichen, vor allem den amerikanischen Imperialismus nunmehr den Vorrang vor einer Politik friedlicher Koexistenz mit den Vereinigten Staaten gewonnen hätte. Ob sich ein solcher Umschwung in Moskau tatsächlich vollzogen hat und ob damit auch die sowjetisch-chinesische Feindschaft einem neuen, mindestens korrekten Verhältnis zwischen den beiden kommunistischen Grossmächten Platz zu machen Aussicht hat, steht dahin. Möglich ist aber auch, dass Moskau den Amerikanern nur einmal unmissverständlich mit Mig-Flügen von China aus *drohen* will, um die weitere Verschärfung ihrer Kriegsführung in Vietnam doch noch zu verhindern. Sicher ist nur, dass man in Washington allen Grund hat, es nicht zum offenen Bruch mit Moskau kommen zu lassen. Die Vereinigten Staaten sind derart hoffnungslos in Vietnam festgelegt, dass sie es sich einfach nicht leisten können, die Sowjetunion zu einer Verschärfung des Kalten Krieges in *Europa* herauszufordern, ja geradewegs zu zwingen. Zuviel steht für sie in West- und Mitteleuropa auf dem Spiel, als dass sie es hier auf eine Kraftprobe ankommen lassen dürften. Angesichts des gänzlichen Zerfalls der westmächtlichen «Verteidigungsgemeinschaft» wäre die Ausgangslage dazu für Amerika denkbar ungünstig. Man zieht es darum in Washington längst vor, *Europa* sich mehr oder weniger selbst zu überlassen und die Sowjetunion durch zum Teil recht weitgehende Zugeständnisse zu beschwichtigen. Die über das Scheitern der «Politik der Stärke» gegenüber dem Ostblock tief betrübte «Neue Zürcher Zeitung» drückt sich noch sehr

zurückhaltend aus, wenn sie (in Nummer 1763) feststellt, die amerikanische Weltpolitik setze sich «dem Verdacht einer weitreichenden, grundsätzlichen Neuorientierung» aus. «In extremer Auslegung würde sie bedeuten, dass Washington das Bündnis (mit Westeuropa) dem Drang nach Verständigung mit der Sowjetunion opfern, und das will sagen – da der Vietnamkrieg und das Bedürfnis, Moskau dort herauszuhalten, offenbar die stärkste Ursache dieses Dranges ist –, dem Engagement in Asien opfern würde.»

In Washington macht man zwar verzweifelte Anstrengungen, den Schein einer westmächtlichen Einheit im Kampf gegen den kommunistischen Weltfeind dennoch aufrechtzuerhalten. Man bereitete sogar – ein wahrhaft groteskes Schauspiel – dem Vizepräsidenten Humphrey einen betont triumphalen Empfang, als er von seiner Beruhigungsreise in den europäischen NATO-Hauptstädten ohne jedes auch nur halbwegs greifbare Ergebnis zurückkam. Und auch Johnsons hastige Reise nach Bonn, zur Beerdigung Konrad Adenauers, bei der er sich mit Kiesinger, Wilson, de Gaulle und anderen zweifelhaften Verbündeten traf, hat bei den unentwegten Wortführern des Kalten Krieges gegen den Osten nur neues Misstrauen und Unbehagen geweckt. Sein schwierigster Gesprächspartner war natürlich nicht de Gaulle (der für Johnson ein hoffnungsloser Fall ist), sondern Kiesinger, der vor der Ankunft des grossen Verbündeten von jenseits des Meeres hat wissen lassen, dass «die neue deutsche Regierung eine selbständiger und selbstbewusstere Politik zu steuern entschlossen» sei; er müsse nun endlich einmal Klarheit darüber bekommen, was für eine Aussenpolitik die USA zu betreiben gesonnen seien und ob sie überhaupt eine überlegte, planvolle Aussenpolitik hätten. Wenn es wirklich so sei, dass der Preis für den Atomwaffensperrvertrag, den Amerika mit der Sowjetunion abschliessen wolle, in einer Aushöhlung des atlantischen Bündnisses bestehe, so könne er nur sagen, «dass es ein grosses Unglück wäre, wenn es dazu käme». («NZZ», Meldung aus Bonn vom 21. April.)

Wie die «selbständiger und selbstbewusstere Politik» aussieht, die die Regierung der «grossen Koalition» zwischen Christlichdemokraten und Sozialdemokraten zu führen gedenkt, dafür lieferte Kiesinger ein neues Beispiel, als er vor einem Kongress von Vertretern ehemaliger Ostflüchtlinge erklärte, eine Aussöhnung mit Polen könne «nicht von einseitigen Vorbedingungen» (lies: von der Anerkennung der *Oder-Neisse-Grenze*) abhängig gemacht werden. Er sei nicht der Auffassung, dass der Verzicht auf die verlorenen deutschen Ostgebiete der Preis sei, den die Deutschen für den von Hitler (mit Zustimmung Kiesingers!) entfesselten Zweiten Weltkrieg zu zahlen hätten. Dieser «naiven Verzichtpolitik gewisser Deutscher» stellte der Bundeskanzler das unabdingbare «Heimatrecht» der aus Polen, der Tschechoslowakei usw. vertriebenen Deutschen gegenüber, und sein Aussenminister Brandt hieb – wenn auch etwas vorsichtiger – in die gleiche Kerbe, vorsichtiger jedenfalls als der in die neue Bonner Regierung nicht mehr aufgenommene Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei, Erich Mende, der sich offen gegen die Anerkennung der bestehenden Ostgrenzen Deutschlands aussprach.

Wenn das für die «neue» westdeutsche Ost- und Aussenpolitik bezeichnend ist, dann ist diese Politik nicht besser als diejenige, die unter der Kanzlerschaft Adenauers und Erdhards betrieben wurde. Sie ist eher noch gefährlicher, weil sie mit hochtonenden Friedensphrasen, die nur einen reuelosen Nationalismus verhüllen sollen, einen Gesinnungswandel vortäuschen will, der niemals stattgefunden hat. *Adenauer* verband mit seiner Plumpheit und Primitivität immerhin ein gewisses Mass brutaler Aufrichtigkeit; Kiesinger-Brandts Verfahrensweise mögen feiner ausgeklügelt sein und weltmännischer anmuten als Adenauers Gepolter, verraten aber nur umso weniger Ehrlichkeit und Geradheit. Dass hinter ihnen im Grunde genau der gleiche Geist steht, der schon Adenauers «Politik der Stärke» beseelte (wenn man da überhaupt noch von Geist reden will), kam freilich anlässlich des prunkvollen Staatsbegräbnisses für den ersten Kanzler der Bundesrepublik greifbar genug zum Ausdruck. Nur scheinen die neuen Regenten noch immer keine Ahnung davon zu haben, dass diese ganze Politik *eine einzige Kette von Fehlleistungen* war. Es war ja Adenauer, der sich zum Werkzeug der Westmächte bei der Schaffung eines westdeutschen Teilstaates hergab und damit die Aufrichtung auch einer ostdeutschen Republik unvermeidlich machte, was die Wiedervereinigung der beiden Hälften Deutschlands bis zum heutigen Tag verhinderte. Unter seiner Regierung kam die berüchtigte Währungsreform zustande, wurde der Kalte Krieg gegen den Osten verkündet und die noch jetzt uferlos weitergreifende militärische Aufrüstung der Bundesrepublik angebahnt. «Ein Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ist unvermeidlich, und wir müssen dann auf der richtigen Seite dabei sein» – das war sein ebenso einfacher wie unsinniger Leitgedanke, von dem er in seiner allerletzten Lebenszeit freilich wieder abrückte. Nichtanerkennung der DDR, Ablehnung der harten Tatsachen, die der Zusammenbruch des Dritten Reiches geschaffen hat, Verlangen nach der Atomwaffe, Ausspielen Frankreichs gegen die Vereinigten Staaten – all das und so vieles andere, das auf der gleichen Linie liegt, haben Erhard und Kiesinger von Adenauer ebenso übernommen wie die Verhinderung jeglicher ernsthaften Entspannung im Verhältnis zum Osten, als man in Washington begann, Koexistenzpolitik zu treiben oder doch vorzutäuschen. Von dem rasch fortschreitenden Abbau der demokratischen Fassade, der unter Kiesinger geschieht, aber unter dem Menschenverächter Adenauer seinen Anfang genommen hat, gar nicht zu reden.

Fehlleistung an Fehlleistung – das war Adenauers Staatskunst, und seine Nachfolger setzen sie tollkühn fort. Doch das Schicksal schreitet schnell. Gerade während ich schreibe, kommt die Meldung von dem nun feststehenden massiven *Abbau der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik* und in Westeuropa überhaupt. Das Scheitern der ganzen Politik des Kalten Krieges gegen den kommunistischen Osten beginnt sich mit einer Handgreiflichkeit zu offenbaren, die sogar einen Kiesinger, einen Brandt, einen Strauss zur Vernunft bringen sollte. Dass Bonn für den Rückzug von 40 000 amerikanischen und britischen Soldaten aus Deutsch-

land gewisse finanzielle Gegenleistungen einzuhandeln vermochte, erleichtert die überaus missliche Finanzlage der Bundesrepublik nur unzulänglich, um so weniger als die so gepriesene wirtschaftliche Hochkonjunktur in Westdeutschland recht spürbar abzuflauen begonnen hat und eine immer weiter greifende Arbeitslosigkeit von neuem als Schreckgespenst vor den Gemütern Hunderttausender von Arbeitern und Angestellten steht. Nicht nur verliert die auf Neuausdehnung in den Osten hinein gerichtete westdeutsche Außenpolitik mit der Abkehr Amerikas von seinen bisherigen europäischen Wegen mehr und mehr den Boden unter den Füssen; auch das vielgerühmte «Wirtschaftswunder» wird von Monat zu Monat unglaublicher und macht einer Ernüchterung in den Köpfen der lohnarbeitenden Bevölkerung Platz, deren soziale und politische Auswirkungen noch gar nicht zu übersehen sind...

Die DDR festigt sich

Während so die kapitalistische Wirtschaft des westdeutschen Teilstaates bedenkliche Zeichen von Unstetigkeit und Abbröckelung aufweist, hat sich die sozialistisch ausgerichtete Wirtschaft der *Deutschen Demokratischen Republik* in den letzten Jahren eher gefestigt. Ich habe zwar seit einigen Jahren keine Möglichkeit gehabt, diesen Vorgang selber zu beobachten; aber was man aus offenbar glaubwürdigen Quellen darüber vernimmt, bestätigt den Eindruck eines zwar langsam, aber doch stetigen wirtschaftlichen Aufstieges der DDR. Das ist umso bemerkenswerter, als, wie man nie aus den Augen verlieren darf, die Wirtschaft der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich ungünstigere Ausgangsstellungen hatte als die der Bundesrepublik. Sie besass nicht die trotz allen Kriegsverheerungen machtvoll organisierte Schwer- und Chemieindustrie des Westens und dessen Rohstoffquellen. Sie bekam nicht die riesigen Kapitalien, die die Bundesrepublik aus Amerika erhielt, sondern musste ihrerseits für ganz Deutschland Wiedergutmachungsleistungen zugunsten der Sowjetunion aufbringen, die ihr selber fast nichts mehr übrigliess. Sie litt ausserordentlich schwer unter dem Mangel an Anlagekapital und sah darum einige Millionen ihrer besten Arbeitskräfte nach dem Westen abwandern, bis der Bau der «Mauer» fast im letzten Augenblick diesem toddrohenden Blutentzug ein Ende machte. Trotz all diesen Hemmungen ist die DDR allmählich in die vordere Reihe der europäischen Industriestaaten aufgerückt. Seit 1963 ist – nach amtlichen Angaben – ihr Volkseinkommen um 18 Prozent gestiegen. Die industrielle Erzeugung ist ebenso wie die Arbeitsleistung um 24 Prozent höher geworden, und auch die landwirtschaftliche Produktion hat sich, wenngleich weniger stark, gehoben, seitdem die freilich recht gewaltätig durchgeführte Vergenossenschaftlichung zur Ruhe gekommen ist. Für neue Kapitalanlagen, wie für Forschung und Technik, sind besonders in den letzten paar Jahren erstaunlich hohe Beträge ausgegeben worden. Und wenn man die Zahlen anschaut, die in den nächsten fünf Jahren bei der weiteren Steigerung der Wirtschaftsleistungen und der wissenschaftlich-technischen Arbeit erreicht werden sollen, so ist man fast versucht, von

utopischen Wunschträumen zu reden, denen sich die Wirtschaftslenker der DDR hingeben. Die Lebenshaltung, so heisst es, werde schon sehr schnell derjenigen in Westdeutschland angenähert sein. Die Löhne sollen von Jahr zu Jahr steigen, die Fünftagewoche soll schon im kommenden Herbst eingeführt, die Mindestferien sollen verlängert und die Altersrentner merklich bessergestellt werden – und so weiter in bunter Reihe, Fortschritt um Fortschritt.

Dass in den vergangenen paar Jahren die *Lebensverhältnisse* in der DDR besser geworden seien, bestätigten einem unvoreingenommene Reisende aus dem Westen immer wieder. Wer darüber genauere Angaben sucht, findet sie in dem vom ostdeutschen «Staatssekretariat für westdeutsche Fragen» herausgegebenen Schriftchen «Wo lebt man besser?», das trotz seinem Propagandazweck nicht einfach als allzu schönfärberisch abgetan werden kann. Ein gewisser bescheidener Wohlstand breitete sich in der DDR unzweifelhaft aus. Und wenn man dazu die weitoffenen Bildungseinrichtungen, die erhöhte soziale Sicherheit, den zunehmenden Wegfall der Lebensangst und der Ausbeutung durch privatwirtschaftliche Gewinnjäger nimmt, so muss man den Verfassern der genannten Schrift weithin recht geben, wenn sie schon im Blick auf die bisherigen sozialistischen Verwirklichungen der DDR sagen: «Sozialismus – das bedeutet planmäßig wachsende, krisenfreie Produktion und auf ihrer Basis stetig steigender Wohlstand für alle nach Massgabe ihrer Leistung... Sozialismus – das ist gleichbedeutend mit der Beseitigung der imperialistischen Wurzeln der Kriegsgefahr, das bedeutet absolute Sicherheit, dass vom eigenen Lande kein neuer Krieg ausgeht.»

Unter diesen Umständen wäre es verwunderlich, wenn sich nicht auch in der Haltung der ostdeutschen Bürger und Bürgerinnen zu ihrem *Staat* einiges geändert hätte. Das hat sogar ein Mitarbeiter der «Neuen Zürcher Zeitung» gemerkt, der schon nach kurzen Besuchen in Ostberlin und Leipzig findet, «dass die Vorstellung von einer klar erkennbaren Ablehnung des Regimes durch das Volk, von einem eindeutigen Antagonismus zwischen Regierenden und einer Mehrzahl der Regierten überholt ist.» (Nr. 1879, 23. April 1967.) Noch viel klarer kommt dieser Wandel in einem Aufsatz zum Ausdruck, den der Westberliner Professor Hans Apel in der Märznummer der «Frankfurter Hefte» veröffentlicht hat. Apel hat dreimal, in den Jahren 1962, 1964 und 1966, wochenlange, ausgedehnte Reisen durch die DDR unternommen. Er hat Hunderte von Menschen aller Stände völlig unbeaufsichtigt nach genau überlegtem Plan über ihre Einstellung zum ostdeutschen Regime befragt und die Ergebnisse nach wissenschaftlichen Grundsätzen verarbeitet. Zusammenfassend glaubt er folgende Entwicklung feststellen zu können:

	Anhänger des Regimes	Gegner	Mitläufer und Schwankende
1962	37 %	28 %	35 %
1964	51 %	23 %	26 %
1966	71 %	14 %	15 %

Die im Westen verbreiteten Anschauungen über die Haltung der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsform der DDR bedürfen unzweifelhaft einer gründlichen Korrektur, auch wenn man die von Professor Apel gebotenen Zahlen nicht als endgültige Wahrheit anzunehmen bereit ist. Er selbst meint vorsichtig, es spreche «eine 95prozentige Wahrscheinlichkeit dafür, dass ein zwischen 68 und 73 Prozent liegender Teil der DDR-Bevölkerung im Juni 1966 sich weitgehend mit „ihrem“ Staat und Regime identifiziert hat». Auch die westdeutsche Mitarbeiterin des Londoner «New Statesman» (21. April) berichtet über eine neue Haltung der DDR-Bevölkerung gegenüber den Fragen, vor die sie gestellt ist. «Es besteht eine Aufgeschlossenheit gegenüber Anregungen, die in den fünfziger Jahren unbekannt war... Ein hoher Beamter in der Plankommission, die den ganzen Vorgang beaufsichtigt, erörtert ohne Scheu die Notwendigkeit sozialistischer Geschäftsleute, nicht einfach staatlicher Betriebsleiter», wobei freilich über den Nutzen eines Rückgriffs auf kapitalistische Betriebsmethoden und Grundsätze (Gewinnstreben, Prämienanreize usw.) noch nichts gesagt ist.

Die wunde Stelle am Körper der DDR ist und bleibt bei all diesen Wandlungen aber immer noch das *Fehlen einer staatsfreien Bildung der öffentlichen Meinung*, ohne die von einer politischen wie sozialen Demokratie keine Rede sein kann. Es sei nicht verkannt, dass innerhalb der Parteien und anderer Gruppierungen der DDR bemerkenswerte Ansätze zur Selbstregierung des Volkes bestehen, zum Beispiel bei der Vorbereitung der Wahlen und bei der Beratung von Gesetzesentwürfen. Aber solange in der Öffentlichkeit nicht ungehindert über leitende Ideen und Methoden der Staats- und Wirtschaftsführung gesprochen werden kann, bleibt die DDR eben politisch ein Diktaturregiment, das dem Volk misstraut und darum durch hundert Kanäle die «oben» für wahr gehaltenen Auffassungen nach «unten» pumpt. Man sehe sich nur die trostlose Öde der politischen «Information» durch die Presse an, die dem geschätzten Leser alles fixfertig vorkaut und ihm jedes eigene Denken erspart! Dass in der Bundesrepublik trotz demokratischen Formen die «Volksmeinung» gleichfalls von verhältnismässig wenigen Mittelpunkten aus künstlich gemacht wird, ändert nichts am Notstand der Demokratie auch der DDR. Die Aushöhlung der Demokratie in den Westländern ist ja eine Wirkung des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, und dieses System ist in der DDR überwunden. Seine Wiederkehr ist so gut wie unmöglich; eher nimmt früher oder später die Entwicklung in Westdeutschland die Richtung auf den Sozialismus. Die gegebene Folgerung ist darum, nach der Anbahnung wirtschaftlicher und sozialer Demokratie, die Gewährung auch des politischen Selbstbestimmungsrechts in der DDR. Wenn tatsächlich, wie es in der vorhin erwähnten Schrift heisst, «jeder Bürger, sogar der kleine Unternehmer, in der DDR besser lebt» als in der Bundesrepublik, warum traut man den Bürgern dann nicht auch die Fähigkeit zu, ihr politisches Geschick in die eigene Hand zu nehmen?

Bereits ist ja die *Schreckensjustiz* in der DDR ganz wesentlich gemil-

dert worden. Nach einer Statistik der westdeutschen «Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen» in Salzgitter sind zwischen 1945 und 1961 von der politischen Strafjustiz der DDR im Jahresdurchschnitt 31 000 Menschen verhaftet worden; 18 davon sind zu lebenslänglichem Zuchthaus und 17 zum Tode verurteilt worden. Zwischen 1961 und 1963 sind diese Zahlen auf durchschnittlich 1000 Verhaftungen im Jahr mit nachfolgenden neun lebenslänglichen Zuchthausstrafen und zwei Todesurteilen (bei sechs Millionen Erwachsenen) zurückgegangen. Vor gegenrevolutionärem Umsturz brauchen – so muss man doch schliessen – die Regierenden in der DDR keine Angst mehr zu haben. Warum also immer noch sozialistische Diktatur? Und warum noch das scharfe *Verbot von Reisen in den Westen*, wo doch das Leben in der DDR mit jedem Jahr besser wird fast wie in Westdeutschland?

Fortwursteln in England

Bei der Bewältigung der Aufgaben, die sich einer verantwortungsvollen Staats-

kunst in aller Welt stellen, könnte Grossbritannien eine dankbare und hilfreiche Rolle spielen. Es ist zwar innert weniger Jahrzehnte von seiner überragenden Machtstellung, die es wirtschaftlich und politisch während Jahrhunderten aufgebaut hatte, zu einer Macht zweiten oder dritten Ranges herabgesunken. Statt nun aber eine entschlossene Wendung von imperialistisch-militärischer Grossmachtspolitik weg und hin zu einer folgerichtigen, sauberen Politik der Friedenssicherung auf dem Boden von Recht und Gerechtigkeit vorzunehmen, betrieb es nicht nur unter konservativer, sondern betreibt auch unter Labourführung eine aus Preisgabe gewisser imperialer Machtziele und Förderung der alten, unseligen kapitalistisch-kolonialistischen Klasseninteressen gemischte Politik des «realistischen» Weiterwurstelns. Ein neueres Beispiel dafür ist Englands Haltung in bezug auf Aden.

Der Flottenstützpunkt Aden, an der Südwestküste der Halbinsel Arabien, nächst dem Ausgang aus dem Roten Meer gelegen, hatte ursprünglich den Zweck, den britischen Seeweg nach Indien sichern zu helfen. Mit dem Wegfall aller solcher strategischer «Sicherungsmöglichkeiten», die im Alter der Atomwaffen jeglichen Sinn verlieren mussten, wurde Aden immer ausgesprochener Englands Militärzentrum für die Verteidigung der britischen (und allgemein westmächtlichen) Ölinteressen in Südarabien und im Mittelosten überhaupt. Nach offenbar zuverlässigen Schätzungen werden ja 31 Prozent aller Ölreserven Vorderasiens von britisch-holländischen Kapitalgesellschaften beherrscht; 64 Prozent sind in amerikanischen Händen und der Rest in denjenigen französischer und anderer ausländischer Unternehmungen. Nun befindet sich der Mittelosten aber, wie man weiss, sehr stark unter dem Einfluss der nationalistischen und auch sozialfortschrittlichen Bewegungen, die in der arabischen Welt im Gang sind, mit Aegypten als hauptsächlicher Triebkraft. Dadurch ist auch die britische Stellung in Aden erschüttert worden, namentlich seit ägyptische Streitkräfte im benachbarten Jemen den Kampf gegen den mittelalterlich anmutenden

reaktionären Absolutismus und Feudalismus unterstützen. Die Hafenstadt Aden selbst ist längst von einer radikalen arabischen Oppositionsbewegung mit gewerkschaftlich-sozialistischer Führung erfasst. Statt aber mit dieser Bewegung rechtzeitig zusammenzuarbeiten und eine vorbehaltlose Räumung Adens vorzubereiten, schuf die britische Regierung (noch unter konservativer Parteiherrschaft) eine *Südarabische Föderation* zwischen Aden und seinem Hinterland, in dem die fortschrittsfeindlichsten Scheikhs und Sultane die Macht ausüben.

Der Widerstand, der sich in Aden gegen diese Beherrschung durch die von England und Amerika ausgehaltenen Kleinpotentaten erhob, war nur zu verständlich; er artete aber bald in Gewalttätigkeit und blutigen Terror aus, so dass England die Hafenstadt wieder unter unmittelbare Verwaltung durch seinen Generalgouverneur stellte. Die Labourregierung versprach zwar die Gewährung der Unabhängigkeit an Aden und die Räumung des Militärstützpunktes für 1968, hielt aber die Südarabische Föderation aufrecht und unterdrückte die Oppositionsbewegung mit brutaler Hand. Das kam tatsächlich darauf hinaus, dass Grossbritannien das unmögliche Regiment in den Sultanaten des Hinterlandes verteidigte, wo von irgendwelchen Freiheitsrechten der Bewohner keine Rede ist und zum Teil sogar noch Sklaverei herrscht. Vergebens suchte die Regierung Wilson die Vereinten Nationen ins Spiel zu bringen; eine UNO-Mission, die in Aden auftauchte, musste anfangs April unter demütigenden Umständen wieder abziehen, ohne auch nur in Fühlung mit der Widerstandsbewegung getreten zu sein. Trotz diesem Misserfolg macht die Labourregierung keine Miene, ihre Südarabienpolitik zu ändern. Und doch wäre eine klare Wendung der britischen Politik zugunsten einer unverzüglichen Freigabe Adens die einzige Möglichkeit für Grossbritannien, noch in letzter Stunde das Gesicht zu wahren und zu verhindern, dass es über kurz oder lang doch noch mit Schimpf und Schande aus Aden verjagt wird.

Von einer englischen Regierung, die sich nicht scheut, aus vermeintlichen Zweckmässigkeitsgründen Amerikas Vietnamverbrechen zu unterstützen, scheint man freilich auch in Südarabien nichts Besseres erwarten zu können, als was sie sich gegenwärtig dort leistet. Bezeichnend für die «Grundsätze», nach denen sie handelt, ist ein kleiner, wenig beachteter Zwischenfall, der sich unlängst während einer Londoner Fernsehsendung abspielte. Der Chefredaktor des «New Statesman», Paul Johnson, fragte seinen Gesprächspartner Harold Wilson, was seine persönliche Meinung über Vietnam sei. Wilson weigerte sich, «moralische Urteile abzugeben». «Sie können und tun es», sagte er zu Paul Johnson; «ich kann es nicht, weil ich die Aufgabe übernommen habe, dort (in Vietnam) den Frieden zu vermitteln und zu erlangen (!)... Es ist nicht unsere Sache, zum mindesten nicht Sache der Regierung, sich in moralische Positur zu setzen.» Das ist nichts anderes als die alte «Weisheit», dass Moral und Unmoral Privatsache sei, in der Politik aber, die jenseits von Gut und Böse stehe, nichts zu suchen habe. Johnson unterliess es denn auch (in seiner Zeitung) nicht, daran zu erinnern, dass beispielsweise Palmerston, der im 19. Jahr-

hundert als Aussenminister und Ministerpräsident eine so bedeutende Rolle spielte, bekannt hat: «Englands wirkliche Politik ist, Vorkämpfer von Gerechtigkeit und Recht zu sein», und auch der noch berühmtere Gladstone während seiner ganzen langen Regierungszeit «moralische Urteile» über Dinge der Aussenpolitik in Hülle und Fülle abgegeben hat. Wilson, der «Sozialist», parodierte anscheinend einfach Theodore Roosevelts Rat: «Rede zweideutig und schwenke einen plastischen Ölzweig!»

Wilsons Zynismus, der aller sozialistischen Moralität ins Gesicht schlägt, hat denn auch wachsenden Unwillen im Schosse der Labourpartei und ihrer Parlamentsfraktion erweckt. Seine Antwort an die Kritiker seiner Politik, namentlich seiner Aussenpolitik, war, dass er sie in einer Fraktionsversammlung regelrecht beschimpfte mit Ausdrücken, die auffallend an des westdeutschen Exkanzlers Erhard verächtliche Abschüttelung der ihm nachkläffenden «Pinscher» erinnerten. Der Sturm der Empörung, der sich daraufhin – und nicht nur innerhalb der Labourpartei – gegen den Ministerpräsidenten erhob, hat sich inzwischen zwar gelegt; aber die *Labourwähler* haben die Gesinnung, die aus ihrem Führer spricht, dennoch nicht vergessen. Bei Ersatzwahlen zum Unterhaus, die kürzlich nötig wurden, verlor die Labourpartei einen Sitz an die Konservativen, während sie in zwei anderen Wahlkreisen ihre Sitze nur unter schweren Stimmenverlusten halten konnte. Bei den jüngst vorgenommenen Grafschaftswahlen aber kam es über das ganze Land hin zu einem eigentlichen Erdrutsch zugunsten der Konservativen, die 370 Sitze gewannen (fast alle auf Kosten Labours) und, zum ersten Mal seit 33 Jahren, sogar wieder die Mehrheit in Grosslondon eroberten, wo die Labourvertretung von 64 auf nur 18 Abgeordnete zurück sank. Die früheren Labourwähler sind einfach massenhaft zuhause geblieben.

Wilson tröstet sich zwar damit, dass die Labourpartei im Unterhaus noch auf Jahre hinaus eine unangreifbare Mehrheit habe. Aber ob diese Mehrheit auch bei den nächsten Parlamentswahlen wieder zustande kommen wird, hängt unter sonst gleichbleibenden Umständen vor allem vom Erfolg oder Misserfolg ihrer *Wirtschaftspolitik* ab. Und Finanzminister Callaghan gab bei der Einbringung seines neuen Budgets im Unterhaus ohne Umschweife zu, dass die Aussichten auf eine baldige Besserung der Wirtschaftslage alles andere als rosig seien. Die Gesamtproduktion Grossbritanniens werde im laufenden Jahr höchstens um drei Prozent steigen (bescheiden genug, hatte man vier Prozent angenommen), die Arbeitslosigkeit werde kaum abnehmen, und wenn dank steigender Ausfuhr die Zahlungsbilanz wieder ins Gleichgewicht gebracht werden könne, so sei das alles, was man hoffen könne. Von einem Umbau der Wirtschaftsstruktur oder gar sozialistischen Reformen ernsthafter Art redet kein Mensch mehr; alles, was die Labourregierung den Wählern und Wählerinnen versprechen kann, ist, dass unter ihrer Führung die kapitalistische Wirtschaft Englands besser gedeihen werde als unter konservativer Vorherrschaft. Ob das – in Verbindung mit den Wundern, die sie sich von einem Beitritt zu der rein kapitalistisch ausgerichteten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ver-

spricht – wohl genügt, um den Anspruch der Labourregierung auf Bestätigung ihrer Machtstellung bei den Wahlen von 1970 oder 1971 zu rechtfertigen?

Modernisiertes Spanien? Aufmerksame Beobachtung verdient auch immer der Fortgang der *Widerstandsbewegung in Spanien*. Man liest davon fast jeden Tag auch in unseren Zeitschriften, ohne dass sich daraus ein klares Bild der Entwicklung und der sie vorantreibenden Kräfte ergäbe. Unermüdlich bekunden vor allem Arbeiter in allen Landesgegenden ihren Willen, frei von der Gängelung durch die amtliche «Einheitsgewerkschaft» sich bessere Lebensbedingungen zu sichern, ohne durch Polizeiaufgebote und harte Gerichtsurteile abgeschreckt zu werden. Gleichzeitig setzen die Studenten, besonders in Madrid, ihren Kampf für eine gründliche Verbesserung des Hochschulbetriebes und für das Recht freier Versammlung und Vereinigung fort, auch sie trotz allen Verboten und Druckmassnahmen der Behörden. Ja, sogar die katholische Kirche beginnt von Francos Diktaturregiment abzurücken, das aufzurütteten sie vor dreissig Jahren so tatkräftig mitgeholfen hatte. Eine Bischofskonferenz verlangte anfangs April nicht mehr und nicht weniger als eine Liberalisierung und Demokratisierung der Staatsverfassung, mit neuen Einrichtungen, die den Bürgern «die uneingeschränkte Einflussnahme auf die Regierung» ermöglichen sollen, eingeschlossen die Gewährleistung von Grundrechten und die freie Wahl der politischen Führer. Das ist wirklich etwas Neues in einer Kirche mit der stockreaktionären, von Gewalttätigkeit jeglicher Art, ärgstem Gewissenszwang und Ketzerausrottung traurigsten Angedenkens erfüllten Vergangenheit, wie sie für die katholische Kirche Spaniens so kennzeichnend ist!

Nur werden wir uns hüten, von dieser ganzen Freiheitsbewegung zu viel zu erwarten, so gewiss wir sind, dass die Diktatur Francos im Innersten erschüttert ist und über kurz oder lang auch äußerlich zusammenbrechen wird. Vor allem die Begehren der Arbeiter haben *keineswegs revolutionären Charakter*. Der von den Exilparteien und von Untergrundgruppen in Spanien selbst veranlasste Generalstreik von 1959, der ein folgenschwerer Misserfolg war, hat die Arbeiter vorsichtig gemacht. Seit 1962 werden die Streikbewegungen meistens von «Arbeiterkommissionen» getragen, die sich in den Werkstätten, Fabriken und Bergwerken gebildet und über alle Industriegebiete hin verbreitet haben. Sie sehen ihre Aufgabe nicht in der Vorbereitung eines sozialistisch oder anarchistisch ausgerichteten Umsturzes, sondern darin, auf dem Boden der bestehenden Ordnung den Unternehmern das Höchstmass an Zugeständnissen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Belegschaften zu entreißen. So sehr sich das organisierte Unternehmertum gegen die Arbeiterforderungen wehren mag, so spielt sich doch der Klassenkampf in Formen ab, die für die Behauptung der bürgerlich-kapitalistischen Klassenherrschaft als solcher kaum gefährlich sind. Es ist recht bemerkenswert, was darüber Jaime Lopez im Pariser «Nouvel Observateur» (8. 2.) schreibt:

«Die grossen modernen Unternehmungen Spaniens... haben von einer freien, unpolitischen Gewerkschaftsbewegung nichts zu fürchten. Sie fürchten sich nicht davor, höhere Löhne zahlen zu müssen; diese ruinieren nur um so schneller die altertümliche Kleinindustrie, erweitern den Binnenmarkt und ermöglichen eine ‚amerikanische‘ Politik der Eingliederung der Arbeiter in das Unternehmen. In ihrem Kampf gegen die überlieferten Wirklichkeiten des Francoregimes hat die Arbeiterschaft so ihre Gegner von morgen als Verbündete, die Vertreter des grossen modernen Kapitals, die offen die Ablösung des bestehenden Regimes erstreben.»

Unter Mitwirkung des «Opus Dei», dieser katholisch-demokratischen Organisation, arbeitet das spanische Grossbürgertum mit seinen monopolkapitalistischen Unternehmungen, die grossenteils in amerikanischem oder sonst ausländischem Besitz stehen, tatsächlich ganz planmäßig auf eine *politische Liberalisierung* hin, die die Wirtschaft von der Herrschaft der phalangistischen Bürokratie ebenso freimachen soll wie von den hemmenden Einflüssen eines rückständigen Grossgrundbesitzertums. Anschluss an den Weltkapitalismus, Widerruf der Ächtung Spaniens als eines faschistischen Militärstaats, Aufnahme in die Gemeinschaft der «freien» Völker des Westens – das ist das Ziel, ähnlich wie sich das junge kapitalistische Bürgertum Westeuropas (und später Nordamerikas) im Kampf gegen Absolutismus und Feudalismus von den Fesseln befreite, die seinen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg hemmten. Die Politik der Vereinigten Staaten – so eng sie mit Franco als Garanten der Gegenrevolution zusammenarbeitet – fördert diese Entwicklung auf den Durchbruch eines «modernen» Spaniens hin begreiflicherweise nur zu willig. Und was hätte gar die Rom-Kirche von einem solchen «erneuerten» Spanien zu fürchten? Sie glaubt in seinem Schutz nur gewinnen zu können, erfreut sie sich doch auch in den USA mit ihrem so stark antikatholischen Einschlag besten Gedeihens und wachsenden Einflusses auf das öffentliche Leben...

Gegenrevolution in Griechenland

Es ist wahrlich eine Ironie der Geschichte: In Spanien geht die faschistische Diktatur ihrem Ende entgegen; in *Griechenland* hingegen ist die *gegenrevolutionäre Diktatur* jetzt erst wirklich offen durchgebrochen. Was die spanischen Generäle vor bald 30 Jahren erst nach langem, mörderischem Bürgerkrieg erreichten, haben ihre griechischen Kameraden Ende April 1967 ohne Schwertstreich erreicht, ohne auf irgendwelchen organisierten Widerstand des Volkes zu stossen. Und wiederum schaut die «freie Welt» diesem Gewaltstreich tatenlos zu, obwohl ihr Mittel genug zu Gebot stünden, die Demokratie in Griechenland, die immer nur eine lügnerische Fassade war, zu wirklichem Leben zu erwecken und sie zu einer achtunggebietenden, zukunftsträchtigen Macht in Südeuropa zu erheben.

Wohin die Dinge in Griechenland trieben, war freilich seit Jahren handgreiflich klar. Nach der Niederwerfung der revolutionären Erhebung,

die nach dem Ende der nazistischen Besetzung aus Griechenland einen fortschrittlich-sozialen Volksstaat machen wollte, sorgten die Westmächte, welche die Freiheit, die *sie* meinten, durch ihr Eingreifen gerettet hatten, tatkräftig dafür, dass die alten Herrschaftsmächte – feudal-kapitalistisches Bürgertum, Monarchie und Armee – wieder in ihre ererbten Rechte eingesetzt wurden. Inzwischen wuchs aber die nur scheinbar unterdrückte Volksbewegung zu männlicher Statur und kühnerem Selbstbewusstsein heran. Ihren politischen Ausdruck fand sie – neben der stark kommunistisch bestimmten Vereinigten Demokratischen Linken (EDA) – in der Sammelpartei der Zentrumsumunion. Unter der Führung von Georges Papandreou errang die Union 1964 mit 53 Prozent Wählerstimmen einen Erfolg, der sie verdientermaßen zur Regierungsmacht emporhob. Die Rechte sank auf einen Anteil von 35 Prozent herunter, während die EDA 15 Prozent der Wähler gewann. Mit einem überaus massvollen Reformprogramm versuchte Papandreou Griechenland ein neues Gesicht zu geben. Der blutjunge König Konstantin setzte ihm freilich einen zuverlässig reaktionären Armeeminister vor die Nase und zwang ihn im Juli 1966 zum Rücktritt, als Papandreou sich dieses Garanten der unbedingten Königstreue des Militärs entledigen wollte. Dass sich der Ministerpräsident das widerstandslos gefallen liess, erwies sich als verhängnisvoller Fehler. Mit den schäbigsten Mitteln brachten es der Hof und die rechtsstehende «Nationalradikale Union» fertig, so viele Abgeordnete von der Partei Papandreous abzusplittern, dass es zu einer parlamentarischen Mehrheit für die Hofpartei langte.

So ging es mehr schlecht als recht bis ins laufende Jahr hinein. Je näher aber der Zeitpunkt für allgemeine Neuwahlen der Kammer – der 27. Mai – heranrückte, um so klarer wurde es, dass im Gefolge einer ganzen Kette volkstümlicher Kundgebungen, Streikbewegungen und dergleichen die Zentrumsumunion einen neuen, womöglich noch eindeutigeren Sieg erkämpfen würde. Schnell entschlossen, entdeckten die Generäle eine kommunistisch-linksbürglerliche «Verschwörung», die angeblich so unmittelbar die ganze bestehende Ordnung bedrohte, dass sie sich durch einen (offenbar von langer Hand vorbereitet!) Handstreich in den Besitz der Regierungsmacht bringen «mussten». Den Rest kennt man. Die Verfassung mit den Volks- und Freiheitsrechten, die sie gewährleistete, wurde nun auch formal ausser Kraft gesetzt; ein nacktes Gewaltregiment trat an die Stelle der bisherigen Scheindemokratie; Parteien und Gewerkschaften wurden aufgelöst, und Tausende von Kommunisten (oder was man als solche zu bezeichnen beliebte) wanderten in Konzentrationslager auf den Gefängnisinseln. Natürlich versprechen die neuen Herren «für einen späteren Zeitpunkt» richtige Parlamentswahlen; aber wenn diese überhaupt einmal stattfinden werden, so eben auf Grund einer neuen Verfassung, die, wie es in den Kundgebungen der Generalsregierung heisst, «den veränderten Verhältnissen angepasst werden» soll.

Eine für ihn selber höchst gefährliche Rolle spielte bei dem ganzen Umschwung *König Konstantin*. Er zögerte offenkundig, den putschenden

Generälen Blankovollmacht zu geben. Die Herren setzten ihn aber mit dem unmissverständlichen Hinweis auf sein allfälliges Monarchenschicksal derart unter Druck, dass er sich bald zu allem hergab, was man von ihm verlangte. Und damit handelten sie ja auch durchaus folgerichtig. Der König hat seit Jahren alles getan, um die Demokratie vollends ganz zu entwerten, so dass die Putschisten ihm auch noch die letzte Schamlosigkeit zumuten durften. Konstantin hat das reichlich verdient; er wird mit seiner Person – das heisst mit seinem Thron – unausweichlich bezahlen müssen, wenn es einmal an die Schlussabrechnung geht... *Wann* es soweit sein wird, das ist jetzt freilich die grosse Frage. Dass sich aus dem Volk heraus – wie schon bemerkt – keinerlei Widerstand gegen den Staatsstreich regte, ist ein schlechtes Zeichen. Die Diktatur wird so Zeit haben, sich ein- und auszuleben, die Führungskader einer Widerstandsbewegung zu zerschlagen und mit demagogischen Scheinreformen die Aufmerksamkeit von den *wirklichen* Notwendigkeiten der Zeit abzulenken. Es rächt sich eben jetzt, dass Papandreu und seine Partei nicht schon vor zwei Jahren der Monarchie und ihren Werkzeugen, den Militärführern, den entschlossenen Kampf ansagten. Die Entwicklung wird darum über all die Halbherzigkeiten der Vergangenheit hinwegschreiten und radikalere, vielleicht auch gewalttätigere Formen annehmen, als das der Fall wäre, wenn rechtzeitig weitblickende, tatkräftige Männer die Führung des Widerstandes gegen das alte Regime übernommen hätten. Aber dass die Volksbewegung *kommen* wird, die ein neues Griechenland schaffen wird, daran ist kein Zweifel möglich. Und wenn die sogenannte freie Welt mehr wäre als eine Versicherung auf Gegenseitigkeit zugunsten der Erhaltung einer überalterten Klassenherrschaft, dann hätte sie jetzt die beste Gelegenheit, die Leiden abzukürzen, durch die das griechische Volk wird gehen müssen, um seine Selbstbestimmung auf dem Boden einer gerechteren Ordnung von Wirtschaft und Staat zu gewinnen.

4. Mai

Hugo Kramer

Zum faschistischen Staatsstreich in Griechenland

C. L. Sulzberger, dessen Familie die «New York Times» besitzt und bedeutende Interessen in Griechenland vertritt, schrieb zwei Tage nach dem Umsturz:

«Die Vereinigten Staaten nehmen besonderes Interesse an Griechenland und sind eine Verpflichtung eingegangen, die sogar über die engeren Bindungen des NATO-Bündnisses hinausgeht. Die Truman-Doktrin der amerikanischen Intervention gegen den Kommunismus wurde zuerst in Griechenland angewandt. Dort wurden amerikanische Militärkräfte, wenn auch in kleinerem Umfang, unter General James von Fleet eingesetzt, um einer Armee in einer andern Hemisphäre zu helfen. Indem wir erklärten, wir würden dem Kommunismus nicht gestatten, die griechische Form der Demokratie anzugreifen, haben wir den Präzedenzfall für unser folgendes, und weit schärferes Eingreifen in Vietnam geschaffen.»

Peace Press (London), 28. April 1967